

Jürgen Rüländ

**Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien : die Gemeinschaft
Südostasiatischer Staaten (ASEAN) nach dem 27. Ministertreffen in Bangkok
(22.-28. Juli 1994)**

Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 1994

<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1818773783>

Druck Freier  Zugang



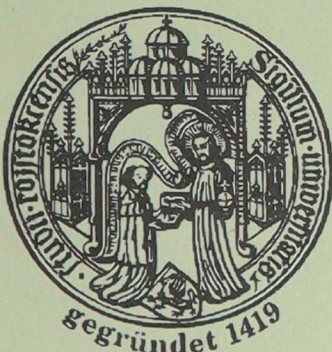
OCR-Volltext

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung
Heft 1

Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien

von

Jürgen Rüland



UNIVERSITÄT ROSTOCK

Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien

Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN)
nach dem 27. Ministertreffen in Bangkok (22.-28. Juli 1994)

von

Jürgen Rüland

Universität Rostock

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
1994

HERAUSGEBER: Institut für Politik und Verwaltungswissenschaft, Universität Rostock

REDAKTIONSKOLLEGIUM: Prof. Dr. Jürgen Rüländ
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT: Autorenkorrektur

HERSTELLUNG der DRUCKVORLAGE Marion Franz
Kirsten Hahn

ZITAT KURZTITEL: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung

ISSN 0947-3025

© Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle, Wissenschaftspublizistik, 18051 Rostock

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle, Wissenschaftspublizistik
A.-Einstein-Straße 23, 18051 Rostock, ☎ (0381) 4 40 55 20; FAX (0381) 4 40 54 34
Universität Rostock, Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

DRUCK: Universitätsdruckerei 368/94

Neue Wege der Zusammenarbeit in Südostasien

Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN) nach dem 27. Ministertreffen in Bangkok (22. - 28. Juli 1994)

1. Einleitung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Einleitung	5
2 Die ASEAN-Außenministertagung	6
3 Das ASEAN Regional Forum (ARF)	11
4 Die Postministeriellen Konferenzen	19
5 Zusammenfassung und Ausblick	23
Abkürzungsverzeichnis	25

¹ Association of Southeast Asian Nations, Annual Report of the ASEAN Standing Committee, 1992 - 1993, S. 49-50.

² Der Rhythmus der ASEAN Apparat-Workings, darunter Koordinationsmechanismen als wichtiger Teil der ASEAN-Erweiterung hat das Generalsekretariat II in der "preparation" auf Zeitungsdruck angepasst, insgesamt verfügt das Generalsekretariat über eine Belegschaft von etwa 70 Mitarbeitern. Die Personalstruktur der ASEAN-Generalsekretariate gliedert sich in drei Bereiche: ASEAN-Information, ASEAN-Information und ASEAN-Information mit dem Sekretariat zu weiteren Informationen, 24. April 1994.

³ Association of Southeast Asian Nations, From Struggle to Strength, ASEAN Functional Cooperation: Retrospect and Prospect, Jakarta 1993.

Neue Wege der Zusammenarbeit in Südostasien

Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN) nach dem 27. Ministertreffen in Bangkok (22. - 28. Juli 1994)

1 Einleitung

Zurecht gilt die Gemeinschaft südostasiatischer Staaten (ASEAN) als ein nachahmenswertes Beispiel der Süd-Süd-Kooperation. Dem 1967 gegründeten Regionalverbund gehören Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand an. 1984 kam noch der ölfreiche Zwergstaat Brunei hinzu. Seit dem Vierten ASEAN-Gipfel, der Ende Januar 1992 in Singapur stattfand, hat diese Zusammenarbeit einen enormen Schub erfahren. So sehen die beiden vergangenen Jahre intensive Bemühungen um eine organisatorische Stärkung des in Jakarta beheimateten Sekretariats. Die Position des Generalsekretärs wurde aufgewertet¹, die personelle Infrastruktur erweitert und professionalisiert². Damit trägt man den wachsenden technischen Anforderungen Rechnung, die durch die ebenfalls in Singapur beschlossene und 1993 begonnene ASEAN-Freihandelszone (AFTA) nun von der Gemeinschaft zu bewältigen sind. Hinzu kommt, daß über die bislang dominanten sicherheits- und wirtschaftspolitischen Themen hinaus ganz systematisch neue Felder der Zusammenarbeit erschlossen werden. So wurden im Zuge der sogenannten "funktionalen Kooperation" in den vergangenen beiden Jahren Aktionspläne zu den Themen Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Kultur und Information, soziale Entwicklung und zur Drogenproblematik erarbeitet³. Die neofunktionalistische Logik, daß erfolgreiche Zusammenarbeit in einem Aufgabenfeld "*spill over*"-Effekte auf andere Bereiche produziert, scheint sich am Beispiel der ASEAN einmal mehr zu bestätigen.

Trug der Singapur-Gipfel 1992 vor allem zur Stärkung der innerregionalen Zusammenarbeit bei, so markierte die Ende Juli in Bangkok zu Ende gegangene 27. Außenministertagung einen neuen Abschnitt in der Zusammenarbeit der ASEAN mit ihren externen Partnern. Mehr als jedes andere der sich zunehmender Aufmerksamkeit erfreuenden Treffen, verdeutlichte die Bangkok-Tagung den Reifeprozess der ASEAN als Akteur in den internationalen Beziehungen. Zum ersten Mal waren alle zehn südostasiatischen Staaten zusammengetroffen. Über die

¹Association of Southeast Asian Nations, Annual Report of the ASEAN Standing Committee 1992 - 1993, S. 49 - 52.

²Den Rückhalt des ASEAN Apparates bilden seither weniger Karrierediplomaten, als vielmehr frei rekrutierte Fachleute. Bislang hat das Generalsekretariat 31 solcher "*professionals*" auf Zeitvertragsbasis eingestellt, insgesamt verfügt das Generalsekretariat über eine Belegschaft von etwa 70 Mitarbeitern. Zur Professionalisierung des ASEAN-Generalsekretariates gehören auch Pläne, eine ASEAN-Bibliothek zu errichten sowie einschlägige universitäre Einrichtungen mit dem Sekretariat zu vernetzen. Interviewinformationen, 24. August 1994.

³Association of Southeast Asian Nations, From Strength to Strength. ASEAN Functional Cooperation: Retrospect and Prospect, Jakarta 1993.

logische Konsequenz, eine Erweiterung der Gemeinschaft ins Auge zu fassen, wurde denn auch im Prinzip Konsens erzielt. Langfristig vielleicht noch bedeutender war die erstmalige Zusammenkunft des *ASEAN Regional Forum* (ARF), durch das sich die Gemeinschaft zum Angelpunkt eines multilateralen asiatischen Sicherheitsprozesses entwickeln könnte. Und auch die traditionell im Anschluß an das Ministertreffen stattfindenden Begegnungen mit den sieben Dialogpartnern - den USA, Kanada, Japan, der Europäischen Union (EU), Australien, Neuseeland und Südkorea - sind heute weitgehend durch Ebenbürtigkeit - und nicht mehr wie früher - eine asymmetrische Geber-Nehmer-Beziehung gekennzeichnet. Ziel dieses Beitrages ist es nun, einen Überblick über die neuesten Weichenstellungen der Bangkok-Konferenz zu geben und ihre Auswirkungen auf die regionalen Beziehungen zu bewerten.

2 Die ASEAN-Außenministertagung

Nichts kann den Wandel der internationalen Beziehungen in Südostasien mehr verdeutlichen als die Tatsache, daß in Bangkok erstmals alle Staaten der Region bei einer ASEAN-Konferenz an einem Tisch saßen. Neben den ASEAN-Sechs waren dies Vietnam und Laos als Beobachter sowie Kambodscha als Gast. Umstritten war freilich die Einladung des birmanischen Außenministers U Ohn Gyaw als Vertreter eines Regimes, das wegen seiner schweren Menschenrechtsverletzungen international weitgehend geächtet ist. So war Birma denn auch nicht als Gast der ASEAN, sondern lediglich der thailändischen Regierung in Bangkok.

Obwohl die Anwesenheit Birmas einigen Wirbel im Vorfeld der Konferenz ausgelöst hatte - vor allem die USA wollten dies verhindern⁴ - spielte dieses Thema bei den Verhandlungen der Außenminister eher eine Nebenrolle. Weitaus wichtiger war die prinzipielle Übereinkunft, die Mitgliedschaft der ASEAN zu erweitern. Damit hat die Gemeinschaft nun ihre bisherige Politik der Exklusivität aufgegeben. Beitrittswünsche Sri Lankas und Papua Neuguineas waren Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre noch abschlägig beschieden worden.

Mit der Auflösung der alten Konfliktformationen in Südostasien haben sich vor allem Vietnam und Laos in den letzten Jahren um eine engere Anbindung an die ASEAN bemüht. Beide Staaten waren bereits auf der ASEAN-Außenministertagung 1992 in Manila dem "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" beigetreten⁵. Dieser Vertrag, 1976 von der ASEAN auf ihrer ersten Gipfelkonferenz in Bali unterzeichnet, kann als eine Art *Magna Charta* für die Gestaltung der regionalen Beziehungen angesehen werden und steht auch Nichtmitgliedern

⁴Siehe Far Eastern Economic Review, 21.07.1994, S. 29; Ebda., 11.08.1994, S. 5; The Economist, 30.07.1994, S. 25; Jakarta Post, 21.07.1994, S. 1.

⁵Siehe ASEAN Update, July 1994, S.6.

offen⁶. Insbesondere Vietnam hat zuletzt mehrfach bekundet, daß es eine baldige Vollmitgliedschaft in der ASEAN anstrebt. So verwies der vietnamesische Außenminister in seiner Eröffnungsrede in Bangkok auf die in den beiden letzten Jahren durch eine umfangreiche Besuchsdiplomatie stark verdichteten Beziehungen zwischen seinem Land und den ASEAN-Mitgliedern. Mehr als 37 Regierungsabkommen seien in dieser kurzen Zeit abgeschlossen worden⁷. Um die mit einem Beitritt verbundenen unvermeidlichen technischen und organisatorischen Probleme möglichst rasch in den Griff zu bekommen, hat Vietnam in seiner Botschaft in Jakarta einen Arbeitsstab eingerichtet, der als Verbindungsstelle zum ASEAN-Generalsekretariat fungieren soll⁸. Daß Hanoi 1992 Beobachterstatus in den ASEAN-Fachausschüssen erhielt und nun auch in den fünf funktionalen Projekten mitarbeitet, muß ebenfalls im Kontext der Beitrittsvorbereitungen gesehen werden. Allerdings konnte sich die ASEAN bislang nicht dazu durchringen, Vietnam an den für die innerregionale Entscheidungsfindung so wichtigen *Senior Officials Meetings* (SOM) teilnehmen zu lassen. Wie wichtig aber die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft für Vietnam mittlerweile geworden ist, zeigt sich schon darin, daß 60 % aller Exporte des Landes in die ASEAN-Staaten gehen. Umgekehrt haben Investitionen aus den Mitgliedsländern der Gemeinschaft in Vietnam in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Hanoi erhofft sich daher von einer Mitgliedschaft einen weiteren Schub für seine marktwirtschaftlichen Reformen⁹.

Während über die Notwendigkeit einer Erweiterung der Gemeinschaft weitgehend Konsens herrscht, gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Zeitpunkt und die Modalitäten des Beitritts. Indonesien, das sich selbst zu Zeiten des Kambodscha-Konflikts einen verhältnismäßig guten Draht nach Hanoi bewahrte, drängt auf eine baldige Aufnahme Vietnams - möglichst noch vor Ablauf des kommenden Jahres¹⁰. Bedenken gegen einen forcierten Beitritt gibt es namentlich in Thailand und Singapur. Da sind vor allem auf thailändischer Seite historisch begründete Vorbehalte gegenüber dem Erzfeind Vietnam, der trotz seiner 1986 begonnenen marktwirtschaftlichen Öffnung weiterhin an dem überkommenen sozialistischen Regierungssystem festhält¹¹. Wenig erhellendes lieferten die Redebeiträge in Bangkok auch zu der Frage, wie Vietnam seine von hohen Zollschränken geschützte Volkswirtschaft in das AFTA-Projekt einbringen will. So dürfte die Bemerkung des singapurianischen Außenministers Jayakumar, daß der Beitritt Vietnams in der "gegenwärtigen Phase sehr sorgfältig ge-

⁶Vgl. Heiner Hänggi, *Neutralität in Südostasien. Das Projekt einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität*, Bern/Stuttgart/Wien 1992, S. 236.

⁷Speech by H. E. Mr. Nguyen Manh Cam, Minister for Foreign Affairs of the S. R. Vietnam at the ASEAN-Vietnam Consultative Meeting, (Bangkok 23. July 1994), S. 2.

⁸ASEAN Update, January 1994, S. 10.

⁹Ein formelles Beitrittsgesuch Vietnams an die ASEAN steht jedoch noch aus. Siehe Straits Times, 15.09.1994, S. 14.

¹⁰Asiaweek, 03.08.1994, S. 26; Jakarta Post, 04.08.1994, S. 2.

¹¹Siehe Jakarta Post, 22.07.1994, S.1.

plant" werden müsse, und daß die ASEAN "eine komplexe Organisation" sei, als diplomatisch verklausuliertes Plädoyer für ein gemesseneres Tempo bei der Erweiterung zu verstehen sein¹².

Hintergrund der Vorbehalte dürfte dabei die Sorge mehrerer ASEAN-Mitglieder sein, daß bei einem raschen Beitritt Vietnams eine Achse Jakarta - Hanoi entsteht und damit das Gewicht des ohnehin schon dominanten Indonesien weiter zunimmt. So warnte beispielsweise der ehemalige malaysische Außenminister Ghazalie Shafie vor dem Entstehen einer "SAARC-Situation", in der alle dem größten Mitgliedsstaat mit Mißtrauen begegnen¹³.

Der thailändische Vorschlag, einen lockeren Verbund der "Südostasiatischen Zehn"¹⁴ zur Heranführung der neuen Mitglieder an die ASEAN zu formieren, dürfte somit auf zweierlei abzielen: zum einen, Zeit zu gewinnen, denn Laos, Kambodscha und Birma benötigen ungleich mehr Zeit bis zur Beitrittsreife als Vietnam. Zum anderen würden dann alle neuen Mitglieder gleichzeitig der Gemeinschaft beitreten, wodurch sich Veränderungen des internen Machtgefüges leichter ausbalancieren ließen. Ausgangspunkt des thailändischen Vorschlages war eine informelle "think tank"-Konferenz, die im Mai in Manila stattfand, und an der außenpolitische Experten aller südostasiatischen Länder vertreten waren. Eine ähnliche Konferenz soll in Kürze in Bangkok stattfinden. Wie nicht anders zu erwarten, lehnte Indonesien - dabei unterstützt von Malaysia - die Institutionalisierung eines solchen Mechanismus ab, da er sich zu einer Parallelorganisation der ASEAN entwickeln werde¹⁵.

Großen Raum nahmen sicherheitspolitische Themen ein. Hier standen naturgemäß die konfliktierenden Souveränitätsansprüche im Südchinesischen Meer im Mittelpunkt der Beratungen. Nicht weniger als sechs Staaten - die Volksrepublik China, Taiwan, Vietnam, die Philippinen, Malaysia und Brunei - reklamieren hier große Meeresflächen entweder ganz oder teilweise für sich. Dabei geht der Streit vor allem um die Verfügung über den Spratly-Archipel, eine Ansammlung weitverstreuter, zumeist unbewohnter Kleinstinseln, Sandbänke und Atolle, die wegen der hier vermuteten Öl- und Naturgasvorkommen¹⁶ sowie ihrer strategisch exponierten Lage entlang der Schifffahrtswege nach Ostasien die Begehrlichkeit der Anrainerstaaten erwecken¹⁷. Im Abschlußkommuniqué wurde dabei nochmals auf die Manila-Deklaration der ASEAN-Staaten von 1992 verwiesen, in der sie für eine friedliche Lösung des Konfliktes ein-

¹²Statement by H. E. Professor S. Jayakumar, Minister of Foreign Affairs of Singapore at the ASEAN-Vietnam Consultative Meeting, (Bangkok, 23 July 1994), S. 2.

¹³Far Eastern Economic Review, 28.07.1994, S. 23.

¹⁴Jakarta Post 25.07.1994, S. 14.

¹⁵S. Ebda., S. 14.

¹⁶China schätzt, daß sich die Ölvorkommen in den umstrittenen Meeresgebieten auf rund 30 Mrd. Tonnen belaufen. Die chinesische Regierung hat großes Interesse an einer baldigen Erschließung dieser Ressourcen, um Engpässen im Zusammenhang mit dem sprunghaften Wirtschaftswachstum des Landes vorzubeugen. Siehe Süddeutsche Zeitung, 08.09.1994, S. 12.

¹⁷Nahezu 80 % der japanischen Energieversorgung passieren diese Seewege.

treten und eine gemeinsame Ausbeutung der dort vermuteten natürlichen Ressourcen vorschlagen¹⁸. Indonesien, das bei der Suche nach Lösungen bislang vier informelle Konferenzen veranstaltet hatte, wurde ausdrücklich ermuntert, seine konstruktive Vermittlung fortzusetzen.

Das gewachsene Selbstbewußtsein der ASEAN demonstrieren die Stellungnahmen zu einer Reihe politischer Ereignisse, die jenseits des südostasiatischen Perimeters liegen: so etwa zum Friedensprozeß in Palästina, dem Ende der Apartheid in Südafrika oder dem Flüchtlingsdrama in Ruanda. Besondere Beachtung verdient freilich die Stellungnahme zum Jugoslawien-Konflikt, in der die ASEAN die bosnischen Serben aufforderte, den jüngsten Friedensplan der internationalen Kontaktgruppe anzunehmen. Andernfalls müsse das Waffenembargo für die bosnischen Muslime umgehend aufgehoben werden. Hier wurde die Handschrift der beiden islamischen ASEAN-Mitglieder Malaysia und Indonesien deutlich. Bei den erstgenannten Themen handelt es sich hingegen um typische Anliegen der Blockfreien, deren Vorsitz Indonesien gerade inne hat. Ihre Erwähnung im Schlußdokument der Ministerkonferenz ist mithin ebenfalls ein Indiz für die Führungsambitionen Indonesiens¹⁹.

Fragen der regionalen Wirtschaftskooperation hatten dagegen eher einen nachgeordneten Stellenwert. Das Projekt einer *ASEAN Free Trade Area* (AFTA) beispielsweise tauchte nur am Rande der Reden und Diskussionsbeiträge auf. Dabei sind gerade hier einige bemerkenswerte Fortschritte feststellbar. Anders als ursprünglich vorgesehen, hatten sich die ASEAN-Wirtschaftsminister auf ihrem 25. Treffen in Singapur Anfang Oktober 1993 überraschend geeinigt, den ursprünglich gewährten dreijährigen Beitrittsaufschub aufzuheben und bereits am 1. Januar 1994 gemeinsam mit dem Zollabbau zu beginnen²⁰. Darüber hinaus wurden die Ausnahmelisten revidiert, mit dem Effekt, daß die für Zollvergünstigungen vorgesehenen Güter sich um noch einmal 321 Produkte erhöhten. Damit fallen ca. 80 % der innerhalb der ASEAN gehandelten Güter und über 85 % des Handelswertes unter die Zollabbauregelungen²¹. Das Generalsekretariat indes arbeitet mittlerweile fieberhaft an einer Harmonisierung der Warenklassen²².

Der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, daß die AFTA nur zwei Monate nach der Bangkok-Konferenz einen weiteren kräftigen Impuls erhielt. Auf ihrem Jahrestreffen im thailändischen Chiang Mai beschlossen die ASEAN-Wirtschaftsminister eine zeitliche Straffung und zugleich eine Erweiterung des Zollabbauprozesses. Danach soll nun bereits im Jahre 2003 das

¹⁸Joint Communique of the Twenty-Seventh ASEAN Ministerial Meeting, Bangkok, 22 - 23 July 1994, S. 3.

¹⁹S. Ebda., S. 3 - 5.

²⁰ASEAN Secretariat, AFTA Reader. Volume I. Questions and Answers on the CEPT for AFTA, Jakarta, November 1993, S. 10.

²¹Damit unterscheidet sich die AFTA ganz wesentlich von dem 1977 begonnenen Handelspräferenzabkommen. Danach kamen Ende der 80er Jahre zwar nahezu 20.000 Produkte in den Genuß von Zollvergünstigungen, doch sorgten lange Ausnahmelisten dafür, daß sie nicht einmal 5 % des Intra-ASEAN-Handels erfaßten.

²²S. Ebda., S. 25.

Ziel einer Freihandelszone mit Gütern des verarbeitenden Gewerbes realisiert werden. Außerdem wurde in Chiang Mai der Beschluß gefaßt, auch Güter des Primärsektors in den Zollabbauplan mit einzubeziehen²³.

Diese Beschleunigung und Erweiterung des AFTA-Prozesses muß zum einen als Respons auf die Beschlüsse der im Dezember 1993 nach über achtjährigen Verhandlungen abgeschlossenen Uruguay-Runde verstanden werden, zum anderen als Reaktion auf die Forderung verschiedener Mitglieder (v. a. USA und Australien) der 1989 gegründeten Asien-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC), möglichst bald eine das gesamte Pazifische Becken umfassende Freihandelszone zu errichten. Nach den Vorstellungen einer von der APEC-Ministertagung in Bangkok 1992 eingesetzten Expertenkommission soll dieses Ziel stufenweise bis zum Jahre 2020 verwirklicht werden. Die industrialisierten Staaten der Region sollen danach bereits im Jahre 2010 vollständig auf ein Freihandelsregime umgeschaltet haben, die Schwellenländer bis 2015, während man den Entwicklungsländern bis zum Jahre 2020 Zeit geben will²⁴.

Weitaus intensiver wurden Fragen des Welthandels diskutiert, zumal man hier eine gemeinsame Position für die Gespräche mit den Dialogpartnern erarbeiten wollte. Im Zentrum der Überlegungen steht dabei die Forderung nach einer raschen Umsetzung der Uruguay-Runde, von der sich die ASEAN-Staaten erhebliche Zugewinne im Handel erhoffen. Die Zurückweisung neuer protektionistischer Tendenzen in den Industriestaaten war ein weiteres wichtiges Thema²⁵.

Das seit 1992 stets wiederholte Bekenntnis der ASEAN zum *East Asia Economic Caucus* (EAEC) blieb auch diesmal Pflichtübung. Von Malaysia 1990 erstmals vorgeschlagen, beargwöhnen viele das Konzept als Vorspiel zu einem ostasiatischen Handelsblock unter Ausschluß der USA, Kanadas, Australiens und Neuseelands. Zwar drängte Malaysia erneut auf eine rasche Verwirklichung des EAEC, dessen Konturen aber weiterhin verschwommen blieben. Vor allem Japan steht dem Plan skeptisch gegenüber, der naturgemäß in Washington auf Ablehnung stößt. Ein informelles EAEC-Arbeitsessen, an dem neben den ASEAN-Außenministern auch die Außenminister Chinas, Japans und Südkoreas teilnahmen, war denn auch alles, was Malaysia erreichte - wie es schien, wohl nicht mehr als ein Akt der Gesichtswahrung²⁶.

Allerdings kam wenige Wochen nach der Bangkok-Tagung dann doch Bewegung in die festgefahrene EAEC-Diskussion. Eingedenk der Tatsache, daß der EAEC nur dann eine Chance

²³Vgl. Bangkok Post Weekly Review, 30.09.1994, S. 11; Handelsblatt, 20.09.1994, S. 15 und 23.09.1994, S. 12.

²⁴Vgl. Asia Pacific Economic Cooperation, Achieving the APEC Vision. Free and Open Trade in the Asia Pacific. Second Report of the Eminent Persons Group, Singapore 1994. Siehe auch Straits Times, 16.09.1994, S. 1.

²⁵Jakarta Post, 25.07.1994, S. 1.

²⁶Jakarta Post, 20.07.1994, S. 9; 23.07.1994, S. 8; 08.08.1994, S. 4.

besitzt, wenn Japan mit seinem wirtschaftlichen Gewicht dahinter steht, konzentrierte Malaysia sein Werben für den Plan seit geraumer Zeit auf Tokio. Als der neue japanische Premier Tomiichi Murayama während seiner achttägigen Südostasienreise Ende August auch in Kuala Lumpur Zwischenstation machte, reagierte er auf den malaysischen Druck zunächst noch haltend²⁷. Doch beim Besuch des stellvertretenden malaysischen Premiers Anwar Ibrahim in Tokio nur wenige Tage später fiel die japanische Reaktion auf die malaysischen Overtüren deutlich günstiger aus²⁸. Offensichtlich hatte man in Tokio nach den vorerst gescheiterten Handelsgesprächen mit den USA erkannt, daß sich der EAEC als Druckmittel gegen Washington einsetzen läßt. Da auch das Verhältnis der meisten ASEAN-Staaten zu den Vereinigten Staaten ungelöster Handelsfragen und unterschiedlicher Demokratie- und Menschenrechtsauffassungen wegen durchweg nicht störungsfrei ist, könnten auch sie sich im Falle einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen versucht sehen, den EAEC mit Leben zu erfüllen. Dies gilt vor allem für jene ASEAN-Staaten, die sich bei den von Washington und Canberra vorangetriebenen Bemühungen zur baldigen Errichtung einer asien-pazifikweiten Freihandelszone im Rahmen der APEC überfahren fühlen.

3 Das ASEAN Regional Forum (ARF)

Novum der diesjährigen ASEAN-Ministertagung war das *ASEAN Regional Forum* (ARF). Bereits auf ihrer Gipfelkonferenz in Singapur 1992 hatten die ASEAN-Staats- und Regierungschefs beschlossen, in ihren externen Beziehungen das sicherheitspolitische Element zu vertiefen. Bisher hatten die ASEAN-Staaten Vorbehalte gegen eine institutionalisierte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit ihren Dialogpartnern. Dahinter stand die Furcht, auf diese Weise die Region für Großmachtinteressen zu öffnen. Dies freilich stünde in diametralem Widerspruch zu dem erklärten Ziel der Gemeinschaft, Südostasien zu einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität (ZOPFAN) zu machen. Der Beschluß der 26. Ministertagung in Singapur 1993, für 1994 nun doch einen sicherheitspolitischen Mechanismus ins Leben zu rufen, trägt den Unsicherheiten Rechnung, die ein im Fluß befindliches internationales System gerade in Asien heraufbeschwört. Zugleich will die ASEAN auf diese Weise sicherstellen, daß sie in sicherheitspolitischen Fragen das Heft in der Hand behält²⁹.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und des sino-sowjetischen Gegensatzes hatte es für kurze Zeit den Anschein, als ob die tektonischen Bruchlinien der Weltpolitik nun nicht mehr durch Südostasien verlaufen würden. Die sicherheitspolitischen Risiken schienen damit erheb-

²⁷Jakarta Post, 29.08.1994, S. 11; 30.08.1994, S. 8; Indonesian Observer 30.08.1994, S. 1.

²⁸Far Eastern Economic Review, 15.09.1994.

²⁹Joint Communique Twenty-Sixth ASEAN Ministerial Meeting, Singapore, 23 - 24 July 1993, in: ASEAN Documents Series 1992 - 1994, Supplementary Edition, S. 12.

lich gemindert. Freilich sollte sich schon bald herausstellen, daß dies ein Trugschluß war. Mit der nur langsam Konturen annehmenden neuen regionalen Ordnung traten neue Konfliktfelder ins Blickfeld, die kaum weniger gefährlich sind als die alten.

Mit verminderter Präsenz der USA und dem Rückzug der sich auflösenden Sowjetunion aus Asien begannen Befürchtungen aufzukeimen, daß asiatische Großmächte, wie China, Indien und Japan in ihre Fußstapfen treten und eigene Hegemonialambitionen verfolgen könnten. Neuralgischer Punkt ist derzeit aber zweifellos die koreanische Halbinsel. Der Griff Pjöngjangs nach der Atombombe läßt Szenarien eines nuklearen Rüstungswettlaufs in Nordostasien nicht mehr nur als weltfremde Spekulation erscheinen. Er würde vor allem in Japan den Verfassungskonsens über den prinzipiellen Verzicht auf Atomwaffen ins Wanken bringen. Japan verfügt durch sein ziviles Reaktorprogramm über erhebliche Mengen an Plutonium und seine technologischen Fähigkeiten, binnen kürzester Frist atomare Waffen herzustellen, stehen außer jedem Zweifel. Auch in Südkorea und Taiwan stünde dann die nukleare Option auf der Tagesordnung - mit unabsehbaren Auswirkungen auf das 1995 zur Verlängerung anstehende atomare Nichtweiterverbreitungsregime.

Ein weiterer Konfliktherd ist das Südchinesische Meer. Sorge bereitet dabei vor allem die aggressive Haltung Pekings, dessen Landkarten das gesamte Südchinesische Meer gewissermaßen als Binnenmeer des Reiches der Mitte ausweisen. Der seit Mitte der 80er Jahre in Gang befindliche Wettlauf über die Kontrolle des Spratly-Archipels hat eine fortschreitende Militarisierung in dieser Region in Gang gesetzt. Fast alle Staaten außer Brunei haben mittlerweile einzelne Inseln militärisch befestigt. Das gilt in besonderem Maße für die Volksrepublik China, die auf den weiter nördlich gelegenen Paracel-Inseln ihre Militärstützpunkte zielstrebig ausgebaut hat und von hier aus regelmäßig Patrouillen und Militärübungen im umstrittenen Seegebiet durchführt. Die Eskalationsgefahr des Konfliktes verdeutlichte bereits im März 1988 ein Seegefecht zwischen chinesischen und vietnamesischen Marineeinheiten³⁰.

China hat im Februar durch ein Souveränitätsgesetz seine Ansprüche auf die umstrittene Meeresregion untermauert und zugleich seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, diese notfalls auch mit Waffengewalt durchzusetzen³¹. Seither hat sich die Lage weiter verschärft. Die chinesische Marine und Küstenwacht haben wiederholt vietnamesische Schiffe in Gewässern aufgebracht, die von Vietnam als Teil seiner exklusiven Wirtschaftszone reklamiert und China

³⁰Siehe Khoo How San, ASEAN and the South China Sea Problem, in: Chandran Joshurun (ed.), China, India, Japan and the Security of Southeast Asia, Singapore 1993, S. 189. Vorzügliche Überblicke über die Situation im Südchinesischen Meer bieten auch: Chang Pao-min, A New Scramble for the South China Sea Islands, in: Contemporary Southeast Asia, Vol. 12, No. 1, June 1990, S. 20 - 39 und Peter Schier, Die jüngsten militärischen Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam im Südchinesischen Meer und die gegenwärtigen Besitzverhältnisse im Spratly-Archipel, in: China aktuell, Juli 1988, S. 569 - 586.

³¹Siehe Khoo How San, ASEAN and the South China Sea Problem, in: Chandran Joshurun (ed.), China, India, Japan and the Security of Southeast Asia, Singapore 1993, S. 199.

wie Vietnam haben die Gegenseite durch die Vergabe von Bohrkonzessionen an ausländische Ölkonzerne provoziert³². Hanoi geriet überdies nun auch mit den Philippinen überkreuz, nachdem es einen Leuchtturm auf einem der von den Philippinen beanspruchten Atolle errichtete.

Trotz des Pariser Friedensabkommens von 1991 schweigen auch in Kambodscha die Waffen noch immer nicht. Der Konflikt schwelt als Bürgerkrieg auf kleiner Flamme weiter. Der Putschversuch im Juli 1994 verdeutlichte noch einmal nachdrücklich, wie instabil die politische Lage hier ist. Darüber hinaus treten bislang eher am Rande beachtete Sicherheitsrisiken ihrer grenzübergreifenden Natur wegen nun verstärkt ins sicherheitspolitische Bewußtsein. So etwa die Piraterie in den Gewässern der Region, der internationale Drogenhandel, die um sich greifende Aids-Epidemie, Arbeitsmigration und der internationale Terrorismus.

Dies alles sowie die zunehmenden Fähigkeiten regionaler Vormächte wie China und Indien zur Machtprojektion haben in Ost- und Südostasien einen Rüstungswettlauf bislang nicht gekannter Größenordnung ausgelöst³³. Binnen weniger Jahre hat sich Asien zum größten Abnehmer hochmodernen Kriegsgerätes in der Dritten Welt entwickelt. Dabei werden enorme Mittel vor allem in die Modernisierung der Luft- und Seestreitkräfte gesteckt - ein deutliches Indiz dafür, daß es nicht mehr wie früher um die Bekämpfung interner Rebellionen geht, sondern daß es nunmehr vorwiegend zwischenstaatliche Bedrohungsperzeptionen sind, die das sicherheitspolitische Verhalten der Akteure bestimmen³⁴.

Vor diesem Hintergrund sind die Rufe nach einem multilateralen asiatischen Sicherheitsregime und präventiver Diplomatie nur allzu verständlich. Freilich ist die Idee nicht neu. Bereits Ende der 60er Jahre schlug der damalige sowjetische Parteichef Breschnew ein "Kollektives Sicherheitssystem für Asien" (KSA) vor. Daß die Initiative aber in erster Linie ein diplomatischer Schachzug zur Eindämmung der Volksrepublik China war, hat dem Glauben an ihre Seriosität erheblichen Abbruch getan. Selbst der Versuch Michail Gorbatschows, die Idee Mitte der 80er Jahre neu zu beleben, blieb daher in der Region ohne wesentliche Resonanz. Neuere Vorschläge - vor allem von Seiten Australiens und Kanadas - zielten in Richtung einer asiatischen Version der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)³⁵;

³²Siehe Jakarta Post 20.07.1994, S. 11; The Economist 23.07.1994, S. 25.

³³Siehe Pervaiz Iqbal Cheema, Indian Naval Buildup and Southeast Asian Security: A Pakistani View, in: Contemporary Southeast Asia, Vol. 13, No. 1, S. 86 - 102; Sandy Gordon, Indian Defense Spending. Treading Water in the Fiscal Deep, in: Asian Survey, Vol. 32, No. 10, 1992, S. 934 - 950; Devin T. Hagerty, India's Regional Security Doctrine, in: Asian Survey, Vol. 31, No. 4, 1992, S. 351 - 363; Nazir Kamal, Nuclear and Missile Proliferation Issues: Some Approaches to Stability in South Asia, in: Contemporary Southeast Asia, Vol. 13, No. 4, 1992, S. 375 - 395; G. V. C. Naidu, The Indian Navy and Southeast Asia, in: Contemporary Southeast Asia, Vol. 13, No. 1, 1991, S. 72 - 85; Tai Ming Cheung, Growth of Chinese Naval Power, Singapore 1990.

³⁴International Herald Tribune, 19.08.1994, S. 8.

³⁵Vgl. Desmond Ball, CSCAP: The Evolution of "Second Track" Process in Regional Security Cooperation in the Asia Pacific Region (CSCAP), Kuala Lumpur 1993, S. 39.

ein Vorschlag allerdings, der von den ASEAN-Staaten wegen der darin enthaltenen, westliche Werte reflektierenden Menschenrechtsgarantien abgelehnt wurde. ARF sollte daher der Beginn eines auf asiatische Bedingungen zugeschnittenen multilateralen Sicherheitsregimes werden.

An der ersten Tagung des ARF nahmen insgesamt 18 Staaten teil. Neben den ASEAN-Sechs und den sieben Dialogpartnern noch die Volksrepublik China und Rußland sowie Vietnam, Laos und Papua Neuguinea.

Die Tagung wurde von hohen Erwartungen begleitet. Fast kein Redner verzichtete darauf, dem Treffen historische Bedeutung beizumessen. Wer freilich in derartigen Dimensionen dachte, mußte letztlich enttäuscht sein. Ohne feste Tagesordnung, auf nur drei Stunden und ein Arbeitsessen begrenzt, kamen die Delegationen kaum über den Austausch kurzer Eingangsstements hinaus. Eine vertiefte Diskussion der einzelnen Konfliktfelder blieb mithin aus. Gleiches gilt für indonesische und philippinische Vorschläge, die trotz aller Vorbehalte ganz offensichtlich dem KSZE-Katalog Vertrauens- und Sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) entlehnt waren. Diese zielen primär auf eine vermehrte Transparenz im Rüstungsreich ab. Danach sollen nicht nur ausländische Beobachter zu Militärübungen zugelassen, sondern auch deren Anzahl und Umfang reduziert werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, verteidigungspolitische Weißbücher auszutauschen, ferner ein regionales Register über Rüstungsausgaben anzulegen. Parallel dazu sollten alle ARF-Mitglieder dem UN-Register für konventionelle Rüstung beitreten. Die ASEAN ließ dabei durchblicken, daß sie selbst dazu nun in vollem Umfange bereit sei. Ebenfalls in diesen Kontext fallen Vorschläge, eine *ASEAN Peacekeeping* Truppe und einen *ASEAN Peacekeeping Centre* einzurichten. Beides würde in Zukunft eine engere Abstimmung mit den Vereinten Nationen erfordern. Vorüberlegungen in diese Richtung sind im Gange, wie zwei 1993 in Bangkok und Singapur abgehaltene "think tank"-Konferenzen belegen³⁶.

Die Abschlusserklärung des Tagungsvorsitzenden blieb somit verhältnismäßig kurz und vage. Von den Brennpunkten der Region wurde nur die gespannte Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel kurz angesprochen, indem die Fortsetzung der laufenden Gespräche zwischen den USA und Nordkorea sowie eine baldige Wiederaufnahme des inner-koreanischen Dialogs begrüßt wurden³⁷. Dies freilich geschah nur auf erheblichen Druck Washingtons und Seouls³⁸.

³⁶Vgl. Werner Pfennig, Workshops on ASEAN-UN Co-operation for Peace and Preventive Diplomacy, 22 - 23 March in Bangkok and 6 - 7 July 1993 in Singapore, in: Internationales Asienforum, Vol. 24, No. 3 - 4, 1993, S. 384 - 389.

³⁷Chairman's Statement. The First Meeting of the ASEAN Regional Forum (ARF), 25 July 1994, Bangkok, S. 2.

³⁸Jakarta Post, 26.07.1994, S. 1.

Demgegenüber setzte sich im Streit um die Hoheitsrechte im Südchinesischen Meer China mit seiner Ansicht durch, daß es sich hier um bilaterale Konflikte handele, die bestenfalls von den Konfliktparteien selbst reguliert werden könnten. Zwar bekräftigte Peking dabei erneut seine Bereitschaft, die hier vermuteten natürlichen Ressourcen gemeinsam zu erschließen; in der Souveränitätsfrage aber läßt es nach wie vor nicht mit sich reden. China ist sich dabei wohl im klaren darüber, daß seine auf historischen Argumenten beruhenden Ansprüche weitaus weniger plausibel sind, als jene seiner Kontrahenten, die sich im wesentlichen auf die Internationale Seerechtskonvention von 1982 stützen.

Somit dürfte auch ein indonesischer Vorschlag kaum Chancen haben, der als sogenannte "Doughnut"-Formel bekannt wurde. Danach sollte der äußere Teil des Südchinesischen Meeres unter den Anrainerstaaten Malaysia, Vietnam, Brunei und den Philippinen aufgeteilt werden. Sie alle sollen eine auf 320 Meilen ausgedehnte exklusive Wirtschaftszone erhalten. Nur die "Füllung" in der Mitte - mithin der zentrale, ressourcenreiche Teil - stünde dann noch zur Disposition. Hier sollten dann Verhandlungen über eine gemeinsame Erschließung stattfinden³⁹.

Der Vorschlag selbst reflektiert in hohem Maße indonesische Sicherheitsinteressen⁴⁰. Denn gelänge es China, seine Ansprüche durchzusetzen, so rückten Indonesien und China unversehens geographisch näher zusammen und würden über die maritime Grenze gewissermaßen direkte Nachbarn. Dies freilich ist ein Szenario, das indonesische Sicherheitsexperten mit größter Besorgnis erfüllt. Denn Indonesien sieht in China langfristig die Hauptbedrohung für die Region. Durch den Vorschlag würde China zunächst einmal aus der Region herausgedrängt.

Daß Indonesien aber offensichtlich selbst nicht an eine rasche diplomatische Lösung glaubt, zeigt seine gezielte Besiedlungspolitik auf den Natuna-Inseln. Diese Inselgruppe liegt am südlichen Ausgang des Südchinesischen Meeres, nur wenige Seemeilen jenseits der Meereszone, die von China beansprucht wird⁴¹.

³⁹Far Eastern Economic Review, 11.08.1994, S. 18.

⁴⁰Vgl. auch Khoo How San, ASEAN and the South China Sea Problem, in: Chandran Joshurun (ed.), China, India, Japan and the Security of Southeast Asia, Singapore 1993, S. 193.

⁴¹Siehe Indonesia Times, 30.08.1994, S. 4; Indonesian Observer, 30.08.1994, S. 2; Straits Times, 30.08.1994, S. 15.

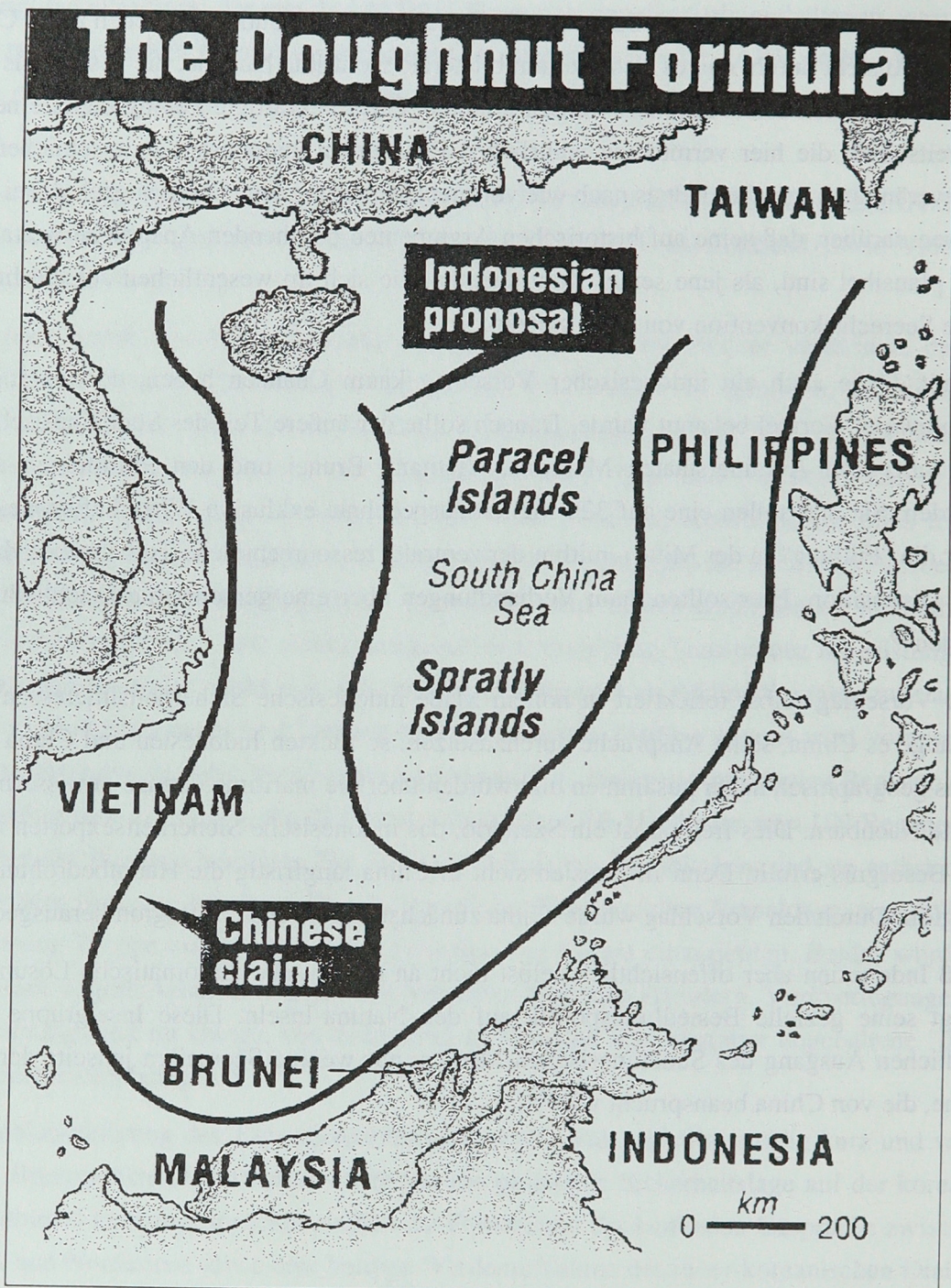


Abb. 1 Die "Doughnut"-Formel

Quelle Far Eastern Economic Review, 11.08.1994, S. 18

Allerdings erwies sich der indonesische Vorschlag selbst unter den ASEAN-Staaten als nicht konsensfähig. Überraschen mußte dabei vor allem das Ausscheren Malaysias, das nun erstmals eine bilaterale Komponente in dem Konflikt zu erkennen glaubt. Indonesische Versuche, den Konflikt um das Südchinesische Meer zu dem zu machen, was einst der Kambodscha-Konflikt war - nämlich die zusammenhaltstiftende Sicherheitsbedrohung -, sind damit wohl vorerst gescheitert. Denn die malaysische Position muß als Versuch gesehen werden, an den Interessen anderer ASEAN-Staaten vorbei zu einem Arrangement mit China zu gelangen⁴².

Somit hat sich in der ersten ARF-Runde die Auffassung Chinas und Indonesiens durchgesetzt, die das erweiterte sicherheitspolitische Terrain tastend erschließen wollen. Der Lackmустest dem das ARF damit erst noch bevor. Auf der Agenda der nächsten Tagung, die 1995 in Brunei stattfinden soll, wird es dann auch zur Sache gehen müssen. So wurde Brunei damit beauftragt, umfangreiche Vorarbeiten für die konkrete Ausgestaltung von VSBM in die Wege zu leiten. Dazu bedarf es jedoch einer gewissen Institutionalisierung des ARF-Prozesses. Ob es freilich hinreichend sein wird, die Lösung der damit verbundenen schwierigen technischen Fragen den einzelnen Mitgliedsstaaten sowie einem gelegentlich tagenden *Senior Officials Meeting* (SOM) zu überlassen und ansonsten wie der singaporeanische Außenminister Jayakumar auf Fortschritte hinter den Kulissen zu hoffen, wird sich 1995 in Brunei zeigen.

Auch die in den vergangenen Jahren außerordentlich aktiven Institute für Strategische und Internationale Studien (ISIS) der ASEAN-Staaten und - darüber hinaus des gesamten asiatisch-pazifischen Raumes - sollen als sogenannte "Nichtregierungsorganisationen" stärker in den sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß eingebunden werden. Die rege Konferenztätigkeit dieser "*think tanks*" hat sich seither als ein "zweites sicherheitspolitisches Gleis" ("*track two diplomacy*") fest etabliert. Viele der zuvor erwähnten VSBM wurden denn auch im Namen von ISIS-Konferenzen diskutiert und auf die regionalen Bedürfnisse zugeschnitten. Mit der Gründung des *Council for Security Cooperation in the Asia Pacific* (CSCAP) haben diese Institute nun Mitte 1993 eine das gesamte Pazifische Becken übergreifende Dachorganisation gegründet, deren Funktion die Erarbeitung sicherheitspolitischer Expertisen für die damit befaßten internationalen Gremien ist⁴³.

Im Verlaufe dieser "*track two*"-Diplomatie, die in inoffizieller Mission akademische Fachleute, Regierungsbeamte, nationale Sicherheitsberater, Diplomaten und Militärs zusammenführt, ist eine auf den ersten Blick nicht sofort sichtbare institutionelle Struktur entstanden, die aber in geradezu idealer Weise den asiatischen Bedingungen gerecht wird. Sie ermöglicht die

⁴²In diesem Kontext müssen auch die Gespräche des stellvertretenden malaysischen Premiers Anwar Ibrahim Ende August in Peking gesehen werden, sowie der beim Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Chi Haotian in Kuala Lumpur zwei Wochen später gefaßte Beschluß, Militärattachés auszutauschen. Siehe *Straits Times* 29.08.1994, S. 17 und 15.09.1994, S. 1.

⁴³The Council for Security Cooperation in the Asia Pacific Region (CSCAP), Kuala Lumpur 1993.

Erörterung von kontroversen Themen, ohne daß damit für eine der beteiligten Regierungen Gesichtsverlust verbunden ist und dadurch die offiziellen Beziehungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Zeichnet sich jedoch eine Annäherung der Standpunkte ab, können die Verhandlungen sehr rasch in offizielle Gleise verlagert werden. Durch die stärkere Einbeziehung des bislang eher unterrepräsentierten Militärs - und hier der politisch meist besonders regen und damit für die nationale politische Stabilität so wichtigen mittleren Offiziersränge - soll diese Zusammenarbeit in Zukunft noch repräsentativer gestaltet werden.

Sicherheitspolitische Fortschritte werden sich aber auch nur dann einstellen, wenn wesentliche Konfliktparteien in die Beratungen eingebunden werden. Dies gilt in erster Linie für Nordkorea, aber auch für Taiwan, dessen Teilnahme allerdings an Pekings Einchina-Politik scheitern dürfte.

Unbedingt einbezogen werden müßte aber auch der südasiatische Subkontinent. Der indisch-pakistanische Konflikt ist angesichts des *de facto* Nuklearstatus beider Kontrahenten ein mindestens ebenso gefährliches Pulverfaß wie die koreanische Halbinsel. Die Mitwirkung Indiens an dem Forum ist darüber hinaus eine *conditio sine qua non*, ein Übergreifen der indisch-chinesischen Rivalität auf Südostasien zu vermeiden. Das derzeitige indisch-chinesische Tauwetter, das im wesentlichen auf dem in Gang gekommenen Verhandlungsprozeß über die umstrittenen Himalaya-Grenzen basiert⁴⁴, dürfte eher eine vorübergehende Entwicklung darstellen⁴⁵. Angesichts des beiderseitigen Interesses, die ökonomischen Reformen voranzutreiben, sind Spannungen entlang der gemeinsamen Grenzen derzeit eher unerwünscht. Dahinter verbergen sich aber zunehmende Gegensätze im weiteren Einflußperimeter dieser beiden Großmächte. So könnten beispielsweise die chinesische Präsenz in Birma⁴⁶ und Pekings Avancen im Südchinesischen Meer in Indien rasch ein Gefühl der Einkreisung aufkommen lassen und Südostasien zum Schauplatz eines innerasiatischen Hegemonialkonfliktes machen. Indien selbst ist bereit, am ARF mitzuwirken. Ministerpräsident Rao machte dies bei seinem Besuch in Singapur Anfang September 1994 noch einmal deutlich⁴⁷.

Spektakuläre Ergebnisse blieben so bei der ersten ARF-Tagung aus. Sicher ist zunächst nur soviel: der Weg zu einem multilateralen asiatischen Sicherheitssystem ist lang und dornenreich. Dennoch hat ARF das Potential, mehr zu leisten als nur ein regionaler "talk shop" zu sein. Wie so oft in der Politik gilt auch hier: der Weg ist das Ziel.

⁴⁴Im September 1993 unterzeichneten Indien und China einen "Vertrag über Frieden und Ruhe in den Grenzgebieten". Darin verpflichten sich beide Seiten zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes, zu Truppenreduzierungen und weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen. Zu einer Annäherung der Standpunkte in der Frage des Grenzverlaufes ist es bisher aber noch nicht gekommen. Siehe Süddeutsche Zeitung, 08.09.1993, S. 7; Indonesian Observer, 15.08.1994, S. 6, Jakarta Post, 21.07.1994, S. 5.

⁴⁵Vgl. J. Mohan Malik, India Copes with the Kremlin's Fall, in: Orbis, Vol. 37, No. 1, Winter 1993, S. 69 - 87.

⁴⁶Siehe Asia Yearbook 1993, S. 93; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.1994, S. 12.

⁴⁷Als Beleg siehe etwa die "Singapore Lecture" von Premier Narisimha Rao, Straits Times, 09.09.1994, S. 35.

4 Die Postministeriellen Konferenzen

Seit Mitte der 70er Jahre sind Treffen der ASEAN-Außenminister mit ihren Dialogpartnern im Rahmen sogenannter Postministerieller Konferenzen (PMK) fester Bestandteil der Konsultation. Die Zahl der Dialogpartner ist dabei kontinuierlich gewachsen. Heute sind es sieben: Australien (seit 1974), Neuseeland (1975), Japan, die USA, Kanada, die Europäische Union (EU) (1977) und Südkorea (1989). Neuerdings unterhält die ASEAN auch sektorale Dialogbeziehungen mit Indien und Pakistan sowie "konsultative Dialogbeziehungen" mit China und Rußland.

Die PMKs werden durch ein Plenum im sogenannten 6 + 7-Format eingeleitet. Zur Erörterung der Details treffen sich die ASEAN-Außenminister dann mit jedem ihrer Dialogpartner in sogenannten 6 + 1-Sitzungen. Aufgrund des umfassenden Programms und des dadurch entstandenen Zeitdrucks entschied man sich dieses Mal für ein 3 + 1-Format. Allerdings wurde von seiten der ASEAN freimütig eingeräumt, daß man dies für eine Notlösung hält, die auf Kosten der Gesprächsintensität ging⁴⁸. Der vom ASEAN Generalsekretär Dato Ajit Singh kürzlich unterbreitete Vorschlag, in Zukunft zwei Außenministertreffen pro Jahr durchzuführen, geht auf diese Erkenntnis zurück⁴⁹. Allerdings treffen sich die ASEAN-Außenminister unabhängig von den PMKs jährlich mindestens ein weiteres mal mit ihren Dialogpartnern. Diese Minister-treffen finden abwechselnd in einem ASEAN-Land und den jeweiligen Partnerländern statt.

Dennoch wurde auch bei den diesjährigen PMKs eine breite Palette von Fragen angerissen. Ganz weit oben rangierten dabei sicherheitspolitische Problemkomplexe wie die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Mit dem Fall Nordkorea im Hintergrund sprachen sich die Dialogpartner nahezu einmütig für eine Verlängerung des 1995 auslaufenden Nichtweiterverbreitungsvertrages aus. Dies lag ganz auf der Linie der ASEAN, die im Rahmen ihres ZOPFAN-Konzeptes seit 1984 dafür eintritt, Südostasien zur nuklearwaffenfreien Zone (SEANWFZ) zu erklären.

Nahezu ebenso hohen Stellenwert nahmen Handelsfragen ein. Von seiten der EU und der USA wurden dabei erneut Forderungen nach einer Einbeziehung von Sozialstandards, Arbeitnehmerrechten und des Umweltschutzes in künftige Welthandelsverhandlungen erhoben⁵⁰. Dahinter steht die Argumentation, daß dort, wo Arbeitnehmerrechte wenig gelten und Umweltbelange kaum beachtet werden, naturgemäß billiger produziert werden kann als anderswo.

⁴⁸Interviewinformation, 11.08.1994.

⁴⁹Vgl. Straits Times, 15.09.1994, S. 14.

⁵⁰ASEAN, The Post Ministerial Conferences, Bangkok, 26 - 28 July 1994. Opening Speech by H. E. Mr. Hans van den Broek, Member of the Commission of the European Union at the ASEAN Post Ministerial Conferences (6 + 7), Bangkok, July 26, 1994, S. 2,3; Statement by Joan E. Spero, US Undersecretary of State for Economic, Business and Agricultural Affairs. Six Plus One Session. ASEAN Post Ministerial Conference, Bangkok, Thailand, July 27, 1994, S. 2.

In diesem Kontext wurden erneut auch effektivere Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums in den ASEAN-Ländern angemahnt. Die steigenden Handelsbilanzdefizite gegenüber den ASEAN-Staaten seien im wesentlichen auf derartige Wettbewerbsverzerrungen zurückzuführen⁵¹.

Für die ASEAN hingegen ist dies eine neue Form des Protektionismus. Wie schon die ASEAN-Arbeitsminister bei ihrem 10. Treffen in Singapur im Mai 1994 kritisierten, werden hier Sozial- und Umweltstandards eingefordert, die zwar den reichen westlichen Gesellschaften angemessen sein mögen, keinesfalls aber Entwicklungsländern mit ihren ganz anders gestellten Prioritäten⁵². Daß freilich Indonesien im vergangenen Jahr staatlich verordnete Mindestlöhne einführt und nun Arbeitnehmerrechten größere Aufmerksamkeit zuwendet und daß das ASEAN-Generalsekretariat nunmehr Aktionsprogramme gerade in den Bereichen Sozialentwicklung und Umwelt verabschiedete, zeigt, daß der westliche Druck hier nicht ohne Wirkung geblieben ist. Gleiches gilt für den Beschluß der ASEAN-Wirtschaftsminister in Chiang Mai, bis zum Fünften ASEAN-Gipfel, der im Dezember 1995 in Bangkok stattfinden wird, ein an internationalen Standards orientiertes gemeinsames Patentregime zu erarbeiten⁵³. Immer wieder waren die ASEAN-Regierungen in der Vergangenheit von ihren westlichen Handelspartnern kritisiert worden, daß sie Markenpiraterie und einen allzu laxen Umgang mit geistigen Eigentumsrechten tolerierten. Wie sehr man darum bemüht ist, keinen Boden auf den unverändert wichtigen europäischen und nordamerikanischen Märkten preiszugeben, zeigt überdies auch die nun einsetzende Diskussion über die Einführung von Öko-Labels⁵⁴.

Wenn die USA und die Europäer offenere Märkte der ASEAN anmahnten - und dabei vor allem den Dienstleistungssektor sowie nichttarifäre Handelshindernisse im Auge hatten, standen die Gespräche der ASEAN mit Japan unter genau den umgekehrten Vorzeichen. Hier ist es die ASEAN, die ein seit 1989 sprunghaft wachsendes Handelsdefizit beklagt, das 1993 auf 15 Mrd. US\$ angewachsen war⁵⁵. Forderungen nach größerer Markttransparenz haben hier ihre Ursache.

Zwar profitierten die Länder der Gemeinschaft von den hohen japanischen Entwicklungshilfeszuzuwendungen, die sich 1993 auf 1,7 Mrd. US\$ beliefen, und sie können im Gefolge der jüngsten Yen-Aufwertung einem neuen Investitionsschub entgegensehen, doch mit der Veränderung des Währungsgefüges verschärft sich zugleich auch die Verschuldung von Ländern wie Indonesien, Malaysia und der Philippinen. Der Anteil der Yen-Kredite an den indonesischen

⁵¹Das Handelsbilanzdefizit der EU gegenüber den ASEAN-Staaten belief sich 1991 bereits auf über 5 Mrd. US\$. Vgl. ASEAN Secretariat, ASEAN Macroeconomic Outlook 1994 - 1995, S. 17.

⁵²ASEAN's Position on the Social Clause, in: ASEAN Update, March 1994, S. 4.

⁵³Siehe Bangkok Post Weekly Review, 30.09.1994, S. 20.

⁵⁴Siehe Economic and Business Review Indonesia, No. 126, September 10, 1994, S. 16 - 18.

⁵⁵ASEAN Secretariat, ASEAN Macroeconomic Outlook 1994 - 1995, S. 17.

Auslandsschulden beträgt über 42 %. Jeder Anstieg des Yen gegenüber dem Dollar um 1 % erhöht die indonesische Schuldentilgung um 20 Mio. US\$⁵⁶. Malaysia hat zwar aus der letzten überraschenden Yen-Aufwertung 1986 seine Lehren gezogen und die Yen-Kredite seither zurückgefahren, doch auch hier beträgt ihr Anteil an den malaysischen Auslandsschulden noch immer über 30 %⁵⁷.

Angesichts der Tatsache, daß 14 von 17 Mitgliedern der Asien-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) in Bangkok anwesend waren, dienten die PMK auch dazu, die Weichen für die im November im indonesischen Bogor stattfindende APEC-Ministertagung zu stellen. Vor allem Australien warb intensiv für eine rasche Handelsliberalisierung im Pazifischen Becken, die nach Canberras Vorstellungen in eine asiatisch-pazifische Freihandelszone münden sollen. Mit Ausnahme Singapurs sehen die ASEAN-Staaten darin allerdings eine Konkurrenz zu ihrem eigenen Freihandelsprojekt AFTA - ein allzu rascher Abbau der Zollschränken im gesamten asiatisch-pazifischen Raum würde sie ungeschützt den übermächtigen Ökonomien Japans und der USA aussetzen. Denn die Motive für das vor allem in Washington propagierte asien-pazifische Freihandelsprojekt liegen für viele ASEAN-Wirtschaftsfachleute auf der Hand: Sie sehen in ihm ein Vehikel der USA, ihre enormen Handelsbilanzdefizite mit den asiatischen Pazifikanrainern auf Kosten der weniger entwickelten Staaten in der Region aufzubessern.

Als Zwischenschritt schlugen Australien und Neuseeland daher eine Verbindung zwischen der AFTA und ihrem seit 1965 bestehenden eigenen Freihandelsabkommen (*Closer Economic Cooperation* (CER)) vor. Desgleichen ist Australien an einer Mitarbeit in der langsam Konturen annehmenden *East ASEAN Growth Area* (EAGA), interessiert, die neue Wirtschaftsverbindungen zwischen der philippinischen Insel Mindanao, dem indonesischen Sulawesi, Brunei sowie den ostmalaysischen Staaten Sabah und Sarawak herstellen soll. Die Vorschläge stießen in der ASEAN auf ein positives Echo und bleiben fürs erste im Gespräch⁵⁸.

Den vielleicht größten Erfolg vermochte die ASEAN mit ihrer Birma-Politik zu verbuchen. Ist es den ASEAN-Außenministern in Bangkok doch gelungen, die westliche Isolationsfront gegen das Regime in Rangun aufzubrechen. Schrittmacher für den Wandel der westlichen Birma-Politik schien dabei die EU zu sein, für die der deutsche Außenminister Kinkel in seiner Eigenschaft als Ratspräsident in Bangkok sprach. Kinkels Worten zufolge ist die EU "bereit, Gespräche mit dem SLORC⁵⁹ zu beginnen"⁶⁰. Es liege allerdings in der Hand der

⁵⁶Jakarta Post 06.09.1994, S. 8.

⁵⁷New Straits Times 05.09.1994, S. 8.

⁵⁸Straits Times 07.09.1994, S. 14.

⁵⁹SLORC bedeutet State Law and Order Restoration Committee und ist die von der Junta nach ihrem Staatsstreich im September 1988 angenommene Regierungsbezeichnung.

Führung in Rangun, durch wirkliche Fortschritte in Richtung Demokratie und die Respektierung der Menschenrechte sicherzustellen, daß es nicht bei einem einmaligen Treffen bleibt. Dem Vernehmen nach war ein Treffen zwischen EU-Vertretern und dem birmanischen Außenminister U Ohn Gyaw nur an Terminproblemen gescheitert und soll nun am Rande der diesjährigen UN-Generalversammlung in New York stattfinden.

Der australische Außenminister Gareth Evans ging sogar noch einen Schritt weiter: er wollte bereits deutliche Fortschritte in Richtung einer Öffnung des Regimes in den letzten Jahren erkannt haben. In der Folge schienen auch Neuseeland und Kanada auf den EU-Kurs einzuschwenken. Einzig die USA hielten unvermindert an einem kompromißlosen Isolationskurs fest. Der stellvertretende Außenminister Strobe Talbot und Under Secretary of State Joan E. Spero betonten in ihren Reden nachdrücklich die Universalität grundlegender Menschenrechte, die auch in Asien Gültigkeit besitzen. Eine Änderung des amerikanischen Kurses wurde nur für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Machthaber in Rangun in einen "substantiellen Dialog" mit der inhaftierten Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi eintreten und sie "sich auf den Weg zu einer erfolgreichen nationalen Entwicklung unter der freien Beteiligung der Bevölkerung begeben"⁶¹. Die amerikanische Position unterscheidet sich damit von der europäischen vor allem dadurch, daß Rangun die Vorleistungen erbringen muß und nicht umgekehrt.

Die Lockerung der EU-Haltung wie auch jene der anderen westlichen Staaten dürfte Teil des sich verschärfenden Kampfes um Marktanteile in Asien sein. Der enorme Nachholbedarf Birmas in puncto Infrastrukturinvestitionen nach über 30 Jahren der Isolation verspricht auch in einem Land lukrative Aufträge, das 1987 von der UN als *Least Developed Country* (LLDC) klassifiziert wurde. Angesichts der hartnäckigen Rezession, unter der die meisten westlichen Volkswirtschaften weiterhin leiden, kommen derartige Aufträge gerade recht.

Zurückgewiesen werden muß freilich das in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebrachte Argument, die westliche Isolationspolitik gegenüber der Junta in Rangun sei wirkungslos geblieben. Genau das Gegenteil ist der Fall: erst der massive internationale Druck hat Birma zu begrenzten, im wesentlichen aber kosmetischen Konzessionen gezwungen. Die enge Anlehnung an China, mit der es die internationale Ausgrenzung zu kompensieren suchte, ist für Rangun langfristig keine Alternative, denn sie impliziert ein hohes Maß an einseitiger Abhängigkeit. Die Vermeidung solcher Abhängigkeiten - selbst unter Inkaufnahme einer

⁶⁰The Post Ministerial Conferences, Bangkok, 26 - 28 July 1994. Introductory Statement of the EU Presidency by Dr. Klaus Kinkel, Minister of Foreign Affairs, Federal Republic of Germany at the ASEAN Post Ministerial Conferences (PMC 6 + 7), Bangkok, 26 July 1994, S. 1.

⁶¹The Post Ministerial Conferences, Bangkok, 26 - 28 July 1994. Statement by US Deputy Secretary of State Strobe Talbott at the the ASEAN Post Ministerial Conferences (PMC 6 + 7), Bangkok, 26 July 1994, S. 10 - 11 und Statement by Joan E. Spero, US Under Secretary of State for Economic, Business and Agricultural Affairs. Six Plus one Session. ASEAN Post Ministerial Conference, Bangkok, Thailand, July 27, 1994, S. 2 - 3.

weitgehenden Abkoppelung vom internationalen System - war bislang aber eine der Grundkonstanten birmanischer Außenpolitik. Die Aufgabe der westlichen Isolationsstrategie war daher voreilig - harte Pressionen hätten langfristig mit Sicherheit größere Zugeständnisse erbracht. Auch die ausschließliche Ausrichtung der Menschenrechtsthematik auf den Fall Aung San Suu Kyi ist Augenwischerei. Das harsche Regiment gegenüber den vielen namenlosen politischen Gefangenen bleibt dabei völlig unbeachtet⁶².

Wie wenig sich die neuerdings von der Bundesregierung und der EU in Sachen Menschenrechte beschrittene Politik der leisen Töne auszahlt, zeigte die gerade zu Ende gegangene ASEAN-EU-Außenministerkonferenz in Karlsruhe. Verlautbarungen von europäischer Seite⁶³, die Menschenrechtsfrage in den Verhandlungen tiefer als bei den auf ASEAN-Seite erhebliche Verstimmung hinterlassenden Ministertagungen in Luxemburg (1991) und Manila (1992) aufhängen zu wollen, wurden nicht honoriert. Ganz offensichtlich wird in Asien das Zurückweichen des Westens in diesen Fragen als Schwäche ausgelegt. Angesichts phänomenaler eigener wirtschaftlicher Wachstumsraten und der gleichzeitigen Rezession in den westlichen Industrieländern wird Einlenken in Wertefragen hier ganz offensichtlich als weiteres Symptom für das häufig behauptete "*Western-Dcline*"-Syndrom angesehen⁶⁴. Das "*timing*" der Hinrichtung des wegen Drogendelikten zum Tode verurteilten Holländers Johannes van Damme pünktlich zum Auftakt der Karlsruher Konferenz mußte denn auch als bewußte Provokation erscheinen. Die Botschaft dieser Maßnahme war wohl, daß der Wertediskurs zwischen EU und ASEAN damit fürs erste beendet ist.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Alles in allem darf die jüngste Ministertagung als großer Erfolg für die ASEAN verbucht werden. Sie hat die wachsende internationale Statur des Regionalverbunds in bisher nicht gekannter Deutlichkeit hervortreten lassen. In Asien führt mittlerweile kein Weg mehr an der ASEAN vorbei.

Darüber sollte allerdings nicht vergessen werden, daß es nach wie vor zahlreiche ASEAN-interne Problemfelder gibt, die nicht unterschätzt werden dürfen. Immer deutlicher kristallisiert sich ein Gegensatz zwischen Indonesien und den anderen, kleineren Mitgliedsstaaten heraus. Zu dominant wird der indonesische Führungsanspruch empfunden. Dies zeigte sich auf subtile Weise in der Erweiterungsdiskussion und der Tatsache, daß auch der neue Spratly-Vorstoß In-

⁶²Zur Diskussion über die westliche Birma-Politik siehe auch Heinrich-Böll-Stiftung. Öffentliche Anhörung. Die aktuelle Lage in Birma - Mögliche Konsequenzen für die Entwicklungs- und Außenpolitik. Veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Birma Gesprächskreis im Deutschen Bundestag am 25. November 1993.

⁶³Vgl. Straits Times, 17.09.1994, S. 34.

⁶⁴Siehe hierzu Kishore Mahbubani, A Tale of Two Oceans in the 21st Century, in: Straits Times, 16.09.1994, S. 35 und 17.09.1994, S. 35.

donesiens trotz vorteilhafter Regelungen für die beteiligten ASEAN-Partner nur ein verhaltenes Echo fand. Noch deutlicher aber wurde dieser Gegensatz, als Indonesien im Vorfeld der Ministertagung Druck auf die philippinische und die thailändische Regierung ausübte, in Manila und Bangkok geplante Konferenzen über das 1976 von Indonesien besetzte und zur 27. Provinz erklärte ehemals portugiesische Kolonialterritorium Ost-Timor zu verbieten. Weitere Unstimmigkeiten zwischen Thailand und Indonesien - aber auch Malaysia - lösten Berichte aus, diese Länder planten, der kambodschanischen Armee Waffen zu verkaufen. Derartige Vorgänge werden vom thailändischen Militär mit Argusaugen registriert - nicht zuletzt deswegen, weil die thailändisch-kambodschanischen Beziehungen schon vor Prinz Sihanouks Sturz 1970 alles andere als harmonisch waren.

Auch die Territorialprobleme innerhalb der ASEAN bestehen unverändert fort: die Streitigkeiten zwischen Indonesien und Malaysia um die Inseln Ligatan und Sipatan in der Makassarstraße, zwischen Malaysia und Singapur um Batu Putih sowie der Konflikt zwischen Malaysia und den Philippinen um Sabah. All diese Dispute schwelen unter der Oberfläche ohne Aussicht auf eine endgültige Regelung fort. Malaysia schlug denn auch bei der letzten, ergebnislos verlaufenden Verhandlungsrunde mit Jakarta vor, die Fälle Sipatan und Ligatan dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zur Entscheidung zu überantworten⁶⁵. Indonesien freilich sperrt sich gegen eine solche Vorgehensweise und will zur Lösung des Disputs die bislang noch nicht erprobten Streitschlichtungsmechanismen der ASEAN einsetzen⁶⁶. Da diese aber so gut wie keine Bestimmungen zur Durchsetzung von Schiedssprüchen enthalten, dürfte eine Konfliktregulierung unter ASEAN-Vorzeichen mittelfristig kaum erreichbar sein⁶⁷. Trotz aller Fortschritte in der regionalen Kooperation ist daher weiterhin viel Fingerspitzengefühl im Umgang miteinander vonnöten - insbesondere dann, wenn im Zuge der Erweiterung neue zentrifugale Kräfte auf den Regionalverbund einwirken.

⁶⁵Jakarta Post, 08.09.1994, S. 2. Ein solches Übereinkommen war im Streit um die Insel Batu Putih zwischen Malaysia wenige Tage zuvor erreicht worden. Straits Times, 08.09.1994, S. 1.

⁶⁶Jakarta Post, 10.09.1994, S. 1. Malaysia lenkte im Verlaufe der Gespräche ein und erklärte sich zu weiteren Gesprächsrunden mit Jakarta bereit.

⁶⁷Zu den ASEAN-Streitschlichtungsmechanismen siehe auch Heiner Hänggi, Neutralität in Südostasien. Das Projekt einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität, Bern/Stuttgart/Wien 1992, S. 239 - 242.

Abkürzungsverzeichnis

AFTA	ASEAN Free Trade Area
APEC	Asia Pacific Economic Cooperation
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
CEPT	Common Effective Preferential Tariff
CER	Closer Economic Cooperation
CSCAP	Council for Security Cooperation in the Asia Pacific
EAEC	East Asia Economic Caucus
EAGA	East ASEAN Growth Area
EU	Europäische Union
ISIS	Institute für Strategische und Internationale Studien
KSA	Kollektives Sicherheitssystem für Asien
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LLDC	Least Developed Countries
PMK	Postministerielle Konferenzen
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SEANWFZ	Southeast Asia Nuclear Weapon Free Zone
SLORC	State Law and Order Restoration Committee
SOM	Senior Officials Meeting
UN	United Nations
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
ZOPFAN	Zone of Peace, Freedom and Neutrality

Vorankündigung

Schmidt, Jochen; Werz, Nikolaus: Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1994.- In: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung (1994)2

Vorabkündigung

Schmidt, Johann: Wert, Nikolaus: Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1994 - In: Rostock
für Informationen zu Politik und Verwaltung (1994)



stehenden Abkoppelung vom internationalen System - war bislang aber eine der Grundkonstanten birmanischer Außenpolitik. Die Aufgabe der westlichen Isolationsstrategie war aber voreilig - harte Pressionen hätten langfristig mit Sicherheit größere Zugeständnisse erreicht. Auch die ausschließliche Ausrichtung der Menschenrechtsthematik auf den Fall Aung San Suu Kyi ist Augenwischerei. Das harsche Regiment gegenüber den vielen namenlosen politischen Gefangenen bleibt dabei völlig unbeachtet⁶².

Wie wenig sich die neuerdings von der Bundesregierung und der EU in Sachen Menschenrechte beschrittene Politik der leisen Töne auszahlt, zeigte die gerade zu Ende gegangene ASEAN-EU-Außenministerkonferenz in Karlsruhe. Verlautbarungen von europäischer Seite⁶³, die Menschenrechtsfrage in den Verhandlungen tiefer als bei den auf ASEAN-Seite Zustimmung hinterlassenden Ministertagungen in Luxemburg (1991) und Manila zu wollen, wurden nicht honoriert. Ganz offensichtlich wird in Asien das Verhalten des Westens in diesen Fragen als Schwäche ausgelegt. Angesichts phänomenaler wirtschaftlicher Wachstumsraten und der gleichzeitigen Rezession in den Industrieländern wird Einlenken in Wertefragen hier ganz offensichtlich als weitere Bestätigung für das häufig behauptete "*Western-Dcline*"-Syndrom angesehen⁶⁴. Das Verhalten der Bundesregierung bei der Hinrichtung des wegen Drogendelikten zum Tode verurteilten Holländers Joop Dierkx am 1. Oktober 1994 punktiich zum Auftakt der Karlsruher Konferenz mußte denn auch als Enttäuschung erscheinen. Die Botschaft dieser Maßnahme war wohl, daß der Wertewandel in der EU und ASEAN damit fürs erste beendet ist.

Zusammenfassung und Ausblick

Man darf die jüngste Ministertagung als großer Erfolg für die ASEAN verbuchen, die die wachsende internationale Statur des Regionalverbunds in bisher nicht gekannter Weise hervortreten lassen. In Asien führt mittlerweile kein Weg mehr an der

ASEAN allerdings nicht vergessen werden, daß es nach wie vor zahlreiche ASEAN-Individuen gibt, die nicht unterschätzt werden dürfen. Immer deutlicher kristallisiert sich der Gegensatz zwischen Indonesien und den anderen, kleineren Mitgliedsstaaten heraus. Indonesien wird der indonesische Führungsanspruch empfunden. Dies zeigte sich auf subtiler Ebene bei der Erweiterungsdiskussion und der Tatsache, daß auch der neue Spratly-Vorstoß In-

Über die westliche Birma-Politik siehe auch Heinrich-Böll-Stiftung. Öffentliche Anhörung. Die Birma - Mögliche Konsequenzen für die Entwicklungs- und Außenpolitik. Veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Birma Gesprächskreis im Deutschen Bundestag am 25. November 1993. S. 17.09.1994, S. 34.

John Mahbuhani, A Tale of Two Oceans in the 21st Century, in: Straits Times, 16.09.1994, S. 35.